

Härtel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version

Ostdeutschland: Abschied von Illusionen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (1996) : Ostdeutschland: Abschied von Illusionen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 6, pp. 270-271

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137357>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ostdeutschland: Abschied von Illusionen



Hans-Hagen Härtel

In der wirtschaftspolitischen Diskussion hat die Auseinandersetzung um die Standortqualität Deutschlands und um die Erfüllung der Maastricht-Kriterien das Problem Ostdeutschland nahezu vollständig verdrängt. Daran änderte sich auch nichts, als die sechs Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose die Erwartung äußerten, daß sich die wirtschaftliche Expansion in den neuen Bundesländern weiterhin verlangsamen und im Jahre 1997 erstmals seit 1991 deutlich schwächer als im alten Bundesgebiet ausfallen werde. In den letzten fünf Jahren war die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland trotz der weltweiten Rezession um durchschnittlich 6,5% pro Jahr gestiegen. Im Verhältnis zu Westdeutschland nahm die Wertschöpfung je Einwohner zwar von rund 30% auf 55% zu, doch liegt Ostdeutschland damit noch weit hinter den Problemgebieten Westdeutschlands und gehört zu den rückständigen Regionen an der Peripherie der Europäischen Union.

Es spricht wenig dafür, daß die Abschwächung der Expansion lediglich als eine Atempause aufzufassen ist. Wie bereits vor einem Monat an dieser Stelle ausgeführt wurde, haben vielmehr die Impulse nachgelassen, die bislang den Aufschwung Ost angeschoben und die Anlageinvestitionen je Einwohner auf das Anderthalbfache des westdeutschen Niveaus hinaufgetrieben haben. So ebbt die Welle der Infrastrukturinvestitionen ab, teils weil der dringendste Bedarf gedeckt ist, teils weil der Bund sowie die ostdeutschen Länder und Kommunen an Verschuldungsgrenzen stoßen. Auch hinter dem Anstieg der privaten Investitionen stand der temporäre Schub, der durch finanzielle Vergünstigungen und die Erfüllung der Zusagen ausgelöst wurde, die die Treuhandanstalt mit den Erwerbern von ostdeutschen Betrieben als Gegenleistung für großzügige Starthilfen ausgehandelt hatte.

Die Hoffnung, daß aus dem angeschobenen ein sich selbst tragender Aufschwung hervorgehen würde, hat sich bislang nicht erfüllt. Dafür ist nach wie vor die Ertragslage zu vieler Unternehmen noch unzureichend, und sie wird sich kurzfristig auch nicht verbessern, zumal in den Tarifverträgen die Vollendung der Tarifeinheit festgeschrieben ist. Wie sehr die Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland noch von den Finanztransfers aus dem Westen abhängt, zeigt auch die unausgewogene Wirtschaftsstruktur. Entgegen so manchem Vorurteil haben die Finanztransfers sich nicht nur wie ein Konjunkturprogramm als Aufträge an westdeutsche Anbieter niedergeschlagen. Dies gilt nur für solche Branchen, in denen die Produzenten aus Ostdeutschland mit überregionalen Anbietern konkurrieren. Dagegen sind die Finanztransfers in den Wirtschaftszweigen, die überwiegend für den lokalen oder regionalen Bedarf produzieren, den ostdeutschen Anbietern zugute gekommen; westdeutsche Unternehmen konnten von der lokal oder regional gebundenen Nachfrage nur profitieren, wenn sie in Ostdeutschland Arbeitsstätten erwarben oder errichteten. In diesen Branchen, die in Deutschland nahezu zwei Drittel der Arbeitnehmer beschäftigen, lag der Anteil Ostdeutschlands an den in Deutschland sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Frühjahr 1995 mit 23% höher, als es seinem Bevölkerungsanteil (19%) entspricht; im Baugewerbe und beim Staat sowie den privaten nicht kommerziellen Institutionen betrug der Anteil Ostdeutschlands sogar rund ein Drittel. Dagegen waren in den sogenannten Ex-

portbasisindustrien, die mit überregionalen Wirtschaftszweigen konkurrieren, nur 12% der Arbeitnehmer in Ostdeutschland beschäftigt.

Zu den Exportbasisindustrien, die in den neuen Bundesländern somit weit unterdurchschnittlich vertreten sind, gehören nicht nur die meisten Branchen des verarbeitenden Gewerbes, sondern auch Banken, Versicherungen und unternehmensnahe Dienstleistungen. Berücksichtigt man, daß es auch in dem Exportbassektor Betriebe mit räumlich begrenztem Absatzradius gibt, zum Beispiel das Handwerk oder die örtlichen Bankfilialen, dann ist der Rückstand Ostdeutschlands noch deutlich größer, als es die genannten Beschäftigungsdaten ausweisen. Beschränkt man sich auf die Industrie ohne Kleinbetriebe, dann wurden im Jahr 1995 rund 8,5% des inländischen Umsatzes von ostdeutschen Betrieben Erlöst; von dem im Ausland erzielten Umsatz entfiel dagegen nur 2,5% auf Betriebe in den neuen Bundesländern.

Man darf die extreme Disproportionalität nicht darauf zurückführen, daß die Politik die Finanztransfers in die falschen Kanäle gelenkt habe. Die gesamtwirtschaftlichen und strukturellen Implikationen der Finanztransfers sind wesentlich differenzierter abzuleiten. Am Anfang stand durch die Verknüpfung der Wirtschafts- und Währungsunion mit der Sozialunion und beim Beitritt der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik das stillschweigende Versprechen, daß der Lebensstandard in Ostdeutschland der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit voraneilen könnte. Dieses Versprechen konnte nur dann eingelöst werden, wenn die ostdeutsche Bevölkerung durch Finanztransfers in die Lage versetzt wurde, Güter zu kaufen, die die eigene Wirtschaft nicht in der gleichen Qualität oder zum gleichen Preis wie die westlichen Anbieter herstellen konnte. Durch die Finanztransfers wurde die Leistungsbilanzrestriktion aufgehoben, die in den anderen postkommunistischen Ländern die Importfähigkeit auf die Export- und Kreditfähigkeit begrenzt. Deshalb war auch der Vorwurf, die Finanztransfers hätten weniger konsumtiv als investiv verwendet werden sollen, nur dann zutreffend, wenn damit die Forderung verknüpft wurde, daß die Einkommen einschließlich der Sozialleistungen in Ostdeutschland erheblich langsamer und stärker im Kontakt mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hätten steigen dürfen.

Die Politiker haben – ungeachtet der Auffassungsunterschiede im Detail – in einem bemerkenswert einhelligen nationalen Konsens darauf gesetzt, daß sie den Wettlauf zwischen Einkommens- und Produktivitätsentwicklung dadurch gewinnen könnten, daß sie die Entwicklung einer leistungsfähigen Wirtschaft beschleunigen könnten, indem sie die konsumtiven, zur Einkommenssicherung benötigten Transfers durch einen massiven Ressourcentransfer, nicht zuletzt durch finanzielle Förderung der Investitionen ergänzten. Es wäre unzutreffend, wenn man dieser Politik einen vollständigen Mißerfolg bescheinigen wollte. Die Erneuerung der Infrastruktur und der Produktionsanlagen sowie die wachsenden Fähigkeiten, mit der Marktwirtschaft umzugehen, haben die Produktivität und die Qualität des Leistungsangebots in Ostdeutschland erheblich verbessert. Auch war die Privatisierungsbilanz der Treuhandanstalt insofern erfolgreich, als die von ihr ausgehandelten Beschäftigungszusagen leicht und die Investitionszusagen sogar ganz beträchtlich übererfüllt wurden.

Betrachtet man das ursprüngliche Ziel, so muß die Politik jedoch eingestehen, daß sie den Wettlauf verloren hat. Auch erweisen sich nicht wenige Investitionsvorhaben und Privatisierungen als Fehlkalkulation. Es ist müßig, über die vergangene Politik zu rechten und zu richten. Not tut allerdings der Abschied von der früheren Bundesrepublik, in der die regionalen Unterschiede – wenigstens im Vergleich zu anderen Industrieländern – gering waren. Das vereinte Deutschland muß sich dagegen darauf einstellen, daß noch auf lange Frist ein erhebliches Leistungsgefälle bestehen wird, das einen großen Bedarf an finanziellen Ausgleichsleistungen mit sich bringt und neue Überlegungen zur Verbesserung des Instrumentariums der Regionalförderung erzwingt.

Angesichts der begrenzten Wirksamkeit der Regionalförderung ist es aber auch notwendig, ein erheblich größeres regionales Einkommens- und Wohlstandsgefälle als bisher gewohnt hinzunehmen. Es ist kein Zufall, daß die in Deutschland zu beobachtende Erosion von arbeitsplatzgefährdenden Flächentarifen in den neuen Bundesländern ihren Anfang nahm. Nirgends kommt der Abschied von Illusionen deutlicher zum Ausdruck als in dem Austritt ostdeutscher Unternehmen aus den Arbeitgeberverbänden und in dem von den Betriebsräten und Belegschaften tolerierten Unterlaufen der Tarifverträge.